

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss - Sitzung am 29.11.2023
Antwort zur Drucksache 7180/2020-2025 - Sicherheit im Bahnhofsviertel (Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.11.2023)

Text der Anfrage:

Welche Maßnahmen hat die Verwaltung im Bereich des Bahnhofsviertels getroffen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten?

Antwort der Verwaltung:

Im Rahmen einer Ordnungspartnerschaft wurde eine Zusammenarbeit zwischen der Streetwork, dem Ordnungsamt und der Polizei etabliert. Diese Kooperation ermöglicht einen regelmäßigen Austausch über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Bahnhofsumfeld und den angrenzenden Stadtteilen.

Bei regelmäßigen Austauschterminen werden relevante Themen besprochen, ein gegenseitiges Verständnis gefördert und gemeinsame Strategien entwickelt, um das Wohl- und Sicherheitsempfinden der Stadtgesellschaft zu verbessern.

Der Fokus der Streetwork liegt auf der Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen, der Schaffung von Vertrauen und dem Aufbau stabiler Beziehungen. Dieser präventive Ansatz zielt darauf ab, potenzielle Probleme frühzeitig zu erkennen und durch soziale Unterstützung und Beratung zu verhindern, anstatt auf reaktive Maßnahmen zur direkten Kriminalitätsbekämpfung zu setzen. Die Arbeit der Streetwork wirkt sich insofern auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger*innen aus und schafft präventive Angebote, kann aber kriminelle Straftaten (alleine) nicht verhindern.

Der Kommunale Ordnungsdienst und die Stadtwache sind regelmäßig zu unterschiedlichen Zeiten im Bereich des Hauptbahnhofs, der Tüte, des Neuen Bahnhofsviertels und des Ostmannturmviertels im Rahmen der Präsenzstreifen in der Innenstadt unterwegs. Auf Beschwerden und Hinweise, die über das Ordnungstelefon eingehen, wird in der Regel kurzfristig reagiert.

Für die Verhütung oder Verfolgung von Straftaten ist originär die Polizei zuständig.

Erste Zusatzfrage:

Sind weitere Maßnahmen in Planung?

Antwort der Verwaltung:

Unter Beteiligung der Dezernenten der Dezernate Umwelt/Mobilität/Klimaschutz/Gesundheit und Soziales/Integration wird derzeit eine **Zusammenarbeitsvereinbarung** entwickelt, die die oben beschriebene Ordnungspartnerschaft strukturiert und die die Zusammenarbeit und Verfahrensabläufe zwischen Polizeipräsidium Bielefeld und Stadt Bielefeld weiterentwickelt.

Die gute Zusammenarbeit von Streetwork, Ordnungsamt und Polizei soll auf dieser Basis weitergeführt werden, um auf neue Entwicklungen zielgerichtet reagieren zu können. Ziel der Zusammenarbeit ist es, ein konfliktarmes „Miteinander und Nebeneinander“ im öffentlichen Raum zu schaffen.

Darüber hinaus wurde im Rahmen des **integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts Nördlicher Innenstadttrand** (INSEK NI) die Maßnahme F4: „Machbarkeitsstudie zur gestalterischen und funktionalen Aufwertung des Bahnhofsumfeldes“ beschrieben. Ein zentraler Bestandteil des INSEK ist die Aufwertung der öffentlichen Räume und die Verbesserung der Verkehrssituationen insbesondere im Umfeld des Hauptbahnhofs von Bielefeld, der eine zentrale Eingangssituation der Stadt darstellt.

Aktuell ist das südliche Bahnhofsumfeld durch funktionale, gestalterische und soziale Defizite geprägt. Insbesondere der Bahnhofsvorplatz, die davon abgehenden Straßenzüge und der Eingang zur Stadtbahnhaltestelle „Hauptbahnhof“ sind wenig attraktiv und bieten keine qualitativen Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Orientierungspunkte für den Weg Richtung Innenstadt und Ostmannurturmviertel. Die Stadtbahnhaltestelle ist zudem Treffpunkt von Gruppen mit problematischen Verhaltensweisen, was zu einem Unsicherheitsgefühl bei den Passanten führt.

Im Rahmen der im September 2023 fertiggestellten **Machbarkeitsstudie zur Aufwertung des Bahnhofsumfeldes** wurde neben einer städtebaulich, freiräumlichen und verkehrlichen Analyse des Bearbeitungsgebietes in allen Phasen der Konzepterstellung besonderer Wert auf die Integration der Belange der Bürger*innen Bielefelds sowie der Anrainer und Stakeholder gelegt. Um ein möglichst umfängliches Bild der Aktivitäten und Erwartungen der Akteur*innen vor Ort zu erhalten, wurden in verschiedenen Projektphasen Gespräche mit Vertreter*innen der Bundes- und Landespolizeibehörden, der Deutschen Bahn und Anrainern wie der Verwaltung der Stadthalle oder den Betreibern des Bielefelder Hofs geführt. Zahlreiche Abstimmungen mit den Fachämtern der Stadt Bielefeld wurden von einem breit angelegten Beteiligungsprozess begleitet.

Die Inhalte der Machbarkeitsstudie bilden die Grundlage für die Aufgabenstellung / Auslobung eines **städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs**. Die Ergebnisse des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs sollen nachfolgend zu umsetzungsfähigen Planungen konkretisiert werden. Angestrebt wird eine Realisierung der Neugestaltung und Organisation des Bahnhofsumfeldes ab Mitte 2026.

Die Machbarkeitsstudie schlägt folgende **Maßnahmen zur Aufwertung des Bahnhofsumfeldes** vor:

- Verbesserung der Orientierungsmöglichkeiten für alle Nutzergruppen und Abbau von Angsträumen
- Optimierung der Beleuchtung
- Aufwertung des Parks an der Stadthalle zu einem wertvollen Grünraum mit Aufenthaltsqualität, Toleranzräumen und einem Nebeneinander der verschiedenen Nutzergruppen
- städtebauliche Gestaltung und Abgrenzung des Bereichs vor der Stadthalle zur angrenzenden Parkfläche
- Errichtung von gut einsehbaren, öffentlichen Toiletten bzw. Sanitäranlagen
- Umgestaltung des Profils der Herbert-Hinnendahl-Straße
- Optimierung der nötigen Verkehrsflüsse von Kfz und Anlieferung, um die Sicherheit von Fuß- und Radverkehrenden zu verbessern
- Minimierung der Zu- und Durchfahrtsmöglichkeiten für den MIV auf das benötigte Maß
- Anpassung der Randbereiche der Herforder Straße inkl. Anpassung des Überwegs Höhe Brandenburger Straße

Zweite Zusatzfrage:

Werden diese Maßnahmen auf ihre Wirkung kontrolliert? Wenn ja, wie fällt die Bewertung der Maßnahmen aus?

Antwort der Verwaltung:

Neben regelmäßig stattfindenden Besprechungen wie zum Beispiel „Runder Tisch Innenstadt“ und „Sozial- und Kriminalpräventiver Rat (SKPR)“ findet auf Führungsebene beider Behörden (Polizeipräsidentin, Dezernenten der Dezernate 3 und 5 der Stadt Bielefeld) bereits ein Austausch (auch) zur Situation in der Bielefelder Innenstadt statt.

In diesen Gesprächsrunden findet (z. T. auch unter Beteiligung betroffener Anlieger*innen, Einrichtungen und Institutionen) ein Austausch zur Wirksamkeit der bisher vereinbarten Maßnahmen statt. Dieser Austausch ermöglicht behördenübergreifend enge Absprachen zu den gewonnenen Erkenntnissen sowie beabsichtigten Maßnahmen.

Diese Kommunikation (und damit auch Erfolgskontrolle) soll im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung verstetigt werden.